Presseschau vom 03.03.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.
Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.
Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.
Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: **Assange-Prozess: „Umgang, wie ich ihn eher von Diktaturen kenne“**
Die erste Woche im Prozess um die Auslieferung von Wikileaks-Gründer Julian Assange an die USA ist vorbei. Zwei Bundestagsabgeordnete waren in London dabei und berichten von nicht gerade rechtsstaatlichen Zuständen. Sevim Dagdelen von der Linkspartei spricht im Sputnik-Interview gar von einem „Schauprozess“. …
https://sptnkne.ws/B894

de.sputniknews.com: **„Neue Seidenstraße“ Chance oder Falle? – Usbekistan will Chinas Megaprojekt für sich nutzen**
Das Mega-Projekt „Neue Seidenstraße“ ist ein Infrastrukturvorhaben, in das China Milliarden investiert, das bewundert und kritisiert wird. Usbekistan will es nutzen, um sich international zu vernetzen, aber auch um als Mittler zwischen Orient und Okzident aufzutreten. Sputnik erkundete bei einer Veranstaltung in Berlin verschiedene Positionen. …
https://sptnkne.ws/B8AC

vormittags:

de.sputniknews.com: **Telefonat zwischen Merkel und Erdogan: Türkischer Staatschef fordert faire „Lastenteilung“**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat in einem Telefongespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel eine faire Lastenteilung beim Thema Flüchtlinge gefordert. Laut der heutigen Mitteilung der Administration des türkischen Staatschefs fand ein Telefongespräch zwischen Erdogan und Merkel statt, in dessen Rahmen bilaterale Beziehungen behandelt wurden. Auf der Agenda standen demnach auch die Lage in Idlib und das Thema Flüchtlinge.
Erdogan habe darauf hingewiesen, dass die Last der Flüchtlinge und die Verantwortung für sie fair geteilt und internationale Verpflichtungen eingehalten werden müssten.

Umgang der Türkei mit Flüchtlingen „inakzeptabel“

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am Montag den aktuellen Umgang der Türkei mit Flüchtlingen in ihrem Land scharf kritisiert. Sie verstehe zwar, dass die türkische Regierung von Europa mehr Unterstützung erwarte. Es sei jedoch „völlig inakzeptabel“, dass dies „auf dem Rücken der Flüchtlinge“ ausgetragen werde.
Die Türkei stehe „vor einer sehr großen Aufgabe“, so Merkel. Doch die Regierung in Ankara müsse ihre „Unzufriedenheit“ mit der EU austragen und nicht auf Kosten der Flüchtlinge. Das Thema sei nur zu lösen, indem das EU-Türkei-Abkommen wieder so „hinbekommen“ werde, dass es von beiden Seiten „akzeptiert und umgesetzt wird“.

Maas meldet sich zu Wort

Außenminister Heiko Maas sagte am Montag seinerseits: „Wir sehen die Last, die die Türkei stemmt, aber sie muss ihren Verpflichtungen aus dem EU-Abkommen weiter nachkommen.“
Die EU sei weiterhin bereit, ihren Beitrag zu einer menschenwürdigen Versorgung von Flüchtlingen unter anderem in Syrien und in der Türkei zu leisten.
„Wir können nicht zulassen, dass sie zum geopolitischen Spielball werden.“
Mit Blick auf die Lage an der griechisch-türkischen Grenze sagte er, Griechenland dürfe nicht allein gelassen werden.
Darauf reagierte der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu wie folgt:
„Lieber @HeikoMaas,
ich würde dir Deine mahnenden Worte gerne glauben. Allerdings nur, wenn du auch deine griechischen Freunde ansprechen würdest. Die töten gerade an ihrer Grenze skrupellos Flüchtlinge.“
Die türkische Nachrichtenagentur Anadolu meldete zuvor unter Berufung auf Erdogans Erklärung, dass an der Grenze griechische Sicherheitskräfte zwei Migranten getötet und einen verletzt haben sollen. Der griechische Regierungssprecher, Stelios Petsas, wies diese Vorwürfe zurück und bezeichnete sie als „Fake News“.

Türkei lässt Migranten Richtung EU ziehen

Die Türkei hatte am 28. Februar angekündigt, sie könne Migranten und Flüchtlinge, die nach Europa wollen, nicht mehr aufhalten. Sie öffnete ihre Grenze zur EU, woraufhin sich große Menschengruppen auf den Weg nach Griechenland machten. Athen schloss indes die Grenzen und schickte Militärtechnik zur Verstärkung in die Grenzgebiete.
Am Freitag und in der Nacht zum Samstag setzten die griechische Grenzpolizei und Sondereinheiten der Bereitschaftspolizei Tränengas und Blendgranaten ein, um illegale Migranten daran zu hindern, über den bereits geschlossenen Grenzübergang bei Kastanies/Pazarkule nach Griechenland zu gelangen.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünfmal das „Regime der Ruhe“ verletzt. Dies teilt die Vertretung der LVR Im GZKK mit.
Beschossen wurden **Solotoje-5, Donezkij, Golubowskoje, Logwinowo** und **Beresowskoje**.
Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Wladiwostok-Moskau-Flug: Aeroflot-Maschine landet nach**

anonymer Warnung in Chabarowsk
Das Flugzeug, das von Wladiwostok im Fernen Osten nach Moskau unterwegs war, ist nach einer anonymen Sicherheitswarnung zur Durchführung von Kontrollmaßnahmen am Flughafen Chabarowsk gelandet. Dies teilte am Dienstag der Pressedienst der russischen Fluggesellschaft Aeroflot mit.
„Das Flugzeug, das den Flug SU1703 (Wladiwostok-Moskau) durchführte, ist am Flughafen Chabarowsk nach einer anonymen Sicherheitswarnung zur Durchführung von Kontrollmaßnahmen gelandet“, heißt es.
Die Untersuchung des Flugzeugs sowie des Gepäcks durch Spezialisten ist inzwischen abgeschlossen und brachte keine gefährlichen Gegenstände zu Tage. Bald soll die Maschine zu ihrem Endziel aufbrechen.
...
Russische Medien berichten, dass das Warnsignal eine Stunde nach dem Start des Flugzeuges gekommen sei. Ein Unbekannter soll mitgeteilt haben, dass es angeblich eine Bombe an Bord der Maschine geben soll.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32367/49/323674969_0:596:5362:3492_1000x0_80_0_1_764209f81a4db2e75833d964fb7e65a3.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Auf dem Weg nach Zürich: Flugzeug am Moskauer Flughafen Scheremetjewo notgelandet**
Ein Flugzeug, das von Moskau nach Zürich fliegen sollte, ist am Moskauer Flughafen notgelandet.
Um 10:50 Uhr ist laut Notdiensten die Maschine erfolgreich am Flughafen Scheremetjewo gelandet. Laut einem Behördensprecher soll der Sensor einen Fehler bei der Klappensteuerung angezeigt haben.
An Bord des Flugzeuges befanden sich 76 Menschen, darunter sechs Crewmitglieder.
Bei der Maschine handelt es sich um ein Passagierflugzeug Boeing 737 der russischen Fluggesellschaft Aeroflot.
Anonyme Warnungen an einem Tag
Zugleich teilen Notdienste mit, dass sich derzeit ein Passagierflugzeug A320 der Fluggesellschaft „Sibirj“ (dt.: „Sibirien“) auf einen Notlandung am Flughafen Permj vorbereitet. Die Maschine mit 113 Fluggästen und sechs Crewmitgliedern an Bord startete in Nowosibirsk, ihr Endziel soll der Moskauer Airport sein. Grund für die Notlandung ist eine anonyme Bombendrohung.
Zuvor war berichtet worden, dass ein Flugzeug, das von Wladiwostok im Fernen Osten nach Moskau unterwegs war, nach einer anonymen Sicherheitswarnung zur Durchführung von Kontrollmaßnahmen am Flughafen Chabarowsk gelandet war.

de.sputniknews.com: **Idlib: Syrisches Militärflugzeug von türkischen Kräften abgeschossen**

Die türkischen Streitkräfte haben ein Flugzeug der syrischen Luftstreitkräfte abgeschossen, das sich an der Anti-Terror-Operation in der Provinz Idlib beteiligte. Dies teilte das türkische Verteidigungsministerium am Dienstag mit.

„Im Rahmen der erfolgreich laufenden Operation ‚Frühlingsschild' wurde ein den Streitkräften des Regimes gehörendes Militärflugzeug vom Typ L-39 abgeschossen", schrieb das türkische Außenministerium in seinem offiziellen Twitter-Account.

Laut der Zeitung „Daily Sabah" wurde das Flugzeug von einem türkischen F-16-Kampfjet abgeschossen.

Am Sonntag startete Ankara die neue Militäroperation ‚Frühlingsschild ' im Nordwesten Syriens. Sie soll eine Reaktion auf den Luftangriff auf die Positionen des türkischen Militärs sein, bei dem am 27. Februar 36 Soldaten in der Deeskalationszone ums Leben kamen. …

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32653/50/326535085_0:236:3000:1859_1000x0_80_0_1_7f7766ea935c8a08afee3ebcbd8743ae.jpg.webp

de.sputniknews.com: **US-Regierung schränkt Arbeitsmöglichkeiten chinesischer Staatsmedien ein – Peking empört**

Washington hat die Anzahl der zugelassenen Journalisten von Chinesischen Staatsmedien in den Vereinigten Staaten eingeschränkt. Dies gab das US-Außenministerium am Montag bekannt.

Laut einem ranghohen Sprecher des US-Außenministeriums soll diese Zahl ab dem 13. März auf 100 reduziert werden. Bislang seien etwa 160 Journalisten in den betroffenen Medien tätig gewesen.

Die Maßnahme wurde zwei Wochen nach der Ausweisung von drei Journalisten der US-Zeitung „Wall Street Journal" aus China beschlossen.

Dieses Mal handle es sich allerdings um keine Ausweisung: „Diese Menschen werden hier bloß nicht hauptamtlich ab dem 13. März tätig sein dürfen", hieß es.

Peking sollte mit diesem Schritt zu einem „gerechteren" Verhalten gegenüber US-Journalisten sowie anderen ausländischen Medien animiert werden.

Demnach darf nun der Rundfunksender China Radio International künftig lediglich zwei Mitarbeiter in den USA haben. Die Zeitung „China Daily" dürfe neun Mitarbeiter

beschäftigen. Der TV-Sender CGTN und die Nachrichtenagentur Xinhua dürften über 30 beziehungsweise 59 Mitarbeiter verfügen.
Das Unternehmen Hai Tian Development USA, das die Zeitung „China Daily“ vertreibt, wurde jedoch von den Einschränkungen ausgenommen. Mitte Februar hatte das US-Außenministerium das Unternehmen neben den anderen obengenannten Medien den „ausländischen Missionen“ gleichgestellt.
Zudem gab das Ministerium eine künftige Einschränkung der Aufenthaltsdauer für chinesische Journalisten in den USA bekannt. Bislang haben sie fristlose Visen erhalten.
„Lasst uns spielen“: China stellt Gegenmaßnahmen in Aussicht
Chinas Außenamtssprecherin Hua Chunying verurteilte die Obergrenze am Dienstag in Peking als „De-facto-Ausweisung“. „Ein weiterer Schritt der politischen Unterdrückung und Beweis von Scheinheiligkeit in der Pressefreiheit der USA“, schrieb Hua Chunying auf Twitter. Sie beklagte „Vorurteile und Ausgrenzung“ gegenüber chinesischen Medien und schien Gegenmaßnahmen in Aussicht zu stellen: „Die USA haben jetzt das Spiel begonnen – lasst uns spielen.“
Ausweisung von drei Journalisten des Wall Street Journal
Nach der Veröffentlichung des Artikels „China ist der ‚wahre kranke Mann‘ Asiens“ von der Zeitung „The Wall Street Journal“ Anfang Februar hatte China drei Journalisten des „Wall Street Journal“ ihre Akkreditierungen entzogen. Der Artikel habe die Bemühungen der Regierung in Peking zur Bekämpfung der Coronavirus-Epidemie verleumdet, hieß es aus dem Außenministerium in Peking.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. März 3:00 Uhr bis 3. März 3:00 Uhr**
Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 26.
Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen … (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).
In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Spartak, Shabitschewo, Donezk (Sajzwo jushnoje, Dolomitnoje, Shirokaja Balka, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Oserjanowka, Michajlowka, Jasinowataja, Spartak, Shabitschewo, Dnoezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Volvo-Zentrum), Alexandrowka, Jasnoje.**
Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.
Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 126.
Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.
In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 43.
Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Bilanz 2019: Zahl eliminierter Terroristen und vereitelter Anschläge in Russland bekannt**
Der erste Vize-Chef des Apparats des Nationalen Anti-Terror-Komitees (NAK), Igor Kuljagin, hat am Dienstag vor Journalisten die Zahl der vereitelten Terroranschläge in Russland

offengelegt.
Dank koordinierter Handlungen von Sicherheitskräften wurden 2019 in der Vorbereitungsetappe 57 terroristische Straftaten, darunter 34 Terroranschläge, verhindert.
Im Rahmen der Anti-Terror-Einsätze und operativen Kampfmaßnahmen wurden demnach 32 Verbrecher neutralisiert.
„Darunter neun Anführer. Festgenommen wurden 41 Anführer, 241 Kämpfer und 606 Mithelfer von Terroristen“, sagte Kuljagin bei der heutigen Pressekonferenz der Internationalen Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnya“.
Unter anderem sagte er, dass im vergangenen Jahr die Tätigkeit von 78 Zellen unterbunden worden sei, deren Mitglieder Terroranschläge auf soziale Einrichtungen sowie Attacken auf Mitarbeiter staatlicher Sicherheitsbehörden geplant haben sollen.
Ferner betonte Kuljagin, dass die Zahl der terroristischen Verbrechen innerhalb von fünf Jahren, also im Zeitraum zwischen 2015 und 2019, um das Neunfache gesunken sei.
Zu Terrorstraftaten gehören nicht nur die Vorbereitung auf Terroranschläge, sondern unter anderem auch die Anwerbung für Terrororganisationen, öffentliche Aufrufe zum Terrorismus und Geiselnahme.

de.sputniknews.com: **„Doch kein eigenständiger Staat“: Weiteres Land nimmt Kosovo-Anerkennung zurück**
Ein weiterer Staat – Sierra Leone – hat die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo zurückgezogen. Das teilte der serbische Außenminister Ivica Dacic am Dienstag während seines Besuchs in dieser westafrikanischen Republik mit. Es ist der achtzehnte Staat, der seine Anerkennung rückgängig machte.
Der Premier der abtrünnigen serbischen Provinz Kosovo, Albin Kurti, hatte zuvor erklärt, Kosovo werde die 100-prozentigen Zusatzzölle auf die Einfuhr serbischer Waren ab 15. März schrittweise abschaffen, wenn Belgrad die Kampagne zur Aberkennung der Unabhängigkeit des Kosovo in Drittländern stoppt.
„Dacic, der derzeit in diesem Land zu Besuch ist, informierte darüber, dass Sierra Leone seine Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo zurückgezogen hat“, meldet die serbische Nachrichtenagentur „Tanjug“ und zeigt ein Foto des Außenministers mit dem entsprechenden Dokument des afrikanischen Landes in der Hand.
Der Kosovo hatte im Herbst 2018 100-prozentige Zusatzzölle gegen serbische Waren eingeführt, die der serbischen Wirtschaft einen Schaden von bis zu einer Million Euro täglich bescheren sollen. Neben Belgrad rufen auch die EU-Länder und die USA zur Abschaffung der Zölle auf.
Am 17. Februar 2008 hatten die albanischen Behörden des Kosovo einseitig die Unabhängigkeit von Serbien erklärt. Die selbsterklärte Republik Kosovo wird von 96 der insgesamt 193 Länder der Vereinten Nationen nicht anerkannt, darunter Serbien, Russland, China, Spanien, Israel und dem Iran. 92 UN-Mitgliedsländer erkannten dagegen Kosovo als einen „unabhängigen Staat“ an. Die restlichen fünf Länder schwanken.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32653/54/326535470_1:88:3077:1753_1000x0_80_0_1_9023e203e05f24cb983867a57b64bb8d.jpg.webp

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Auf Initiative der deutschen Seite: Idlib auf Agenda von Telefongespräch zwischen Merkel und Putin**
Russlands Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben ein Telefongespräch geführt, wie der Kreml am Dienstag meldete.
Das jüngste Telefonat zwischen dem russischen Staatschef und der deutschen Bundeskanzlerin fand demnach auf Initiative der deutschen Seite statt. Darin wurde die Hoffnung auf eine ergebnisreiche Durchführung des bevorstehenden russisch-türkischen Treffens auf höchster Ebene zum Ausdruck gebracht.
„Sachlich wurden Fragen der syrischen Regelung unter Berücksichtigung der aktuellen Zuspitzung der Situation in der Idliber Deeskalationszone erörtert“, heißt es in der Kreml-Mitteilung.
Thema war auch die Lage in Libyen. Man verwies auf die Notwendigkeit, dass die Konfliktseiten die Waffenruhe einhalten und die Entscheidungen der Berliner Konferenz, die im Januar dieses Jahres über die Bühne gegangen war, umgesetzt werden. …

de.sputniknews.com: **Assad: Parlamentswahl in Syrien findet am 13. April statt**
Der syrische Staatschef Baschar al-Assad hat laut seinem Pressedienst die Parlamentswahl im Land für den 13. April angesetzt.
„Die Wahl der Mitglieder des syrischen Parlaments ist für Montag, den 13. April 2020, geplant“, zitiert Assads Pressedienst sein Dekret.
Bei den Parlamentswahlen 2016 lag die Wahlbeteiligung bei 57,56 Prozent. Damals bewarben sich 3500 Kandidaten um die 250 Parlamentssitze – die Hälfte davon war traditionell Vertretern der Arbeiter und Bauern vorbehalten.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 03.03.2020**
Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden 26-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet**.
In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 58. Brigade des Verbrechers Kaschtschenko und der der 59. Brigade Schapowalows **Michajlowka, Sajzewo (jushnoje), Oserjanowka,**

Schirokaja Balka und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.
In **Richtung Donezk** haben Straftruppen aus der 92., 57. und 28. Brigade auf Befehl der Verbrecher Kokorjew, Mischantschuk und Martschenko **Shabitschewo, Staromichajlowka, Jasinowataja**, den **Kubyschewskij-Bezirk** von Donezk und die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.
In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 10. Brigade Subanitschs **Sachanka** und **Oktjabrj** mit automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.
Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Opfer unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.
Die Materialien zu Fällen von Beschuss auf Ortschaften wurden an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, übergeben sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Kokorjew, Mischantschuk, Martschenko, Subanitsch, Kaschtschenko und Schapowalow hinzuzufügen.
Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass das Kommando der OOS unter Einsatz von Einheiten für informationspsychologische Operationen Informations- und **Propagandaaktionen** vorbereitet, **die auf die Einschüchterung von zivilen Einwohnern der Volksrepubliken gerichtet sind**.
So werden nach uns vorliegenden Informationen vom 3. bis 8. März von ukrainischen Artillerieeinheiten Agitationsmaterialien in Wohngebieten von Ortschaften der DVR und der LVR verbreitet werden, indem Beschießungen des Territoriums mit 122mm-Agitationsgranaten, die mit Flugblättern gefüllt sind, erfolgen werden.
Die Flugblätter selbst werden Forderungen an die Bürger der frontnahen Gebiete enthalten, sofort ihre Häuser zu verlassen, andernfalls würden sie sich unter dem Feuer ukrainischer Artillerie- und Mörsereinheiten befinden.
Außerdem werden die Flugblätter Drohungen gegenüber Einwohnern enthalten, die den Soldaten der Volksmiliz Hilfe und Unterstützung leisten, dass sie strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, falls sie das Territorium der Ukraine besuchen, und dass es auch negative Folgen für ihre Verwandten, die in Ortschaften auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium leben, geben wird.
Mehr noch, die Splitter der Agitationsgeschosse gefährden das Leben und die Gesundheit friedlicher Bürger auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie, was ein weiteres Mal unterstreicht, dass die ukrainischen Straftruppen die Einwohner des Südostens der Ukraine absolut nicht als Menschen ansehen.
Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, ihre Aufmerksamkeit auf die Methoden, die von der Ukraine gegen die Volksrepubliken eingesetzt werden, zu richten, die nicht nur die Rechte und Freiheiten friedlicher Einwohner verletzten, sondern auch ein deutlicher Beweis dafür sind, dass die Ukraine die propagandistischen Methoden des faschistischen Deutschland verfolgt.
Wir stellen weiter **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten unter den ukrainischen Kämpfern** fest, die in erster Linie mit dem niedrigen moralisch-psychischen Niveau der Besatzer zusammenhängen.
So wurde der Kämpfer der 59. Panzergrenadierbrigade Feldwebel Samkowskij am 1. März in ernstem Zustand mit ungleichmäßigen Verletzungen am ganzen Körper und großem Blutverlust in ein Krankenhaus in Tschasow Jar eingeliefert.
Nach uns vorliegenden Informationen erlitt der Kämpfer die Verletzungen im Ergebnis eines Angriffs von zwei Diensthunden (Schäferhunden), die ein Treibstofflager der Brigade in

Artjomowsk bewachten. In den Materialien der vorläufigen Ermittlung wird darauf verwiesen, dass die Hunde Samkowskij anfielen, als er versuchte, vier Kanister Benzin vom Territorium des Lagers wegzubringen.
Inzwischen haben Ärzte des Krankenhauses in Tschasow Jar einen Aufruf an die örtlichen Einwohner und die Kämpfer der BFU verbreitet, dass Spender für eine seltene Blutgruppe (AB negativ) für den verletzten Kämpfer gesucht werden. Falls ein solcher Spender nicht vorhanden ist, werde der Kämpfer sterben.

de.sputniknews.com: **Syrische Armee schießt türkische Drohne in Idlib ab**
Die syrische Regierungsarmee hat eine türkische Drohne im umkämpften Gouvernment Idlib abgeschossen. Darüber berichtet der syrische staatliche Sender Al-Ikhbariya am Dienstag.
„Abteilungen der syrischen arabischen Armee haben eine Drohne des türkischen Regimes unweit der Stadt Sarakeb abgeschossen“, berichtet Al-Ikhbariya.
Die Situation in Idlib hatte sich verschärft, nachdem die Terrormiliz „Hayat Tahrir al-Scham“ eine großangelegte Offensive gegen Stellungen der syrischen Regierungsarmee gestartet hatte. Die syrische Armee reagierte mit Gegenfeuer. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sind dabei unter anderem türkische Soldaten, die sich nicht an dem Ort hätten aufhalten dürfen, unter Beschuss geraten – 33 Soldaten wurden getötet und mindestens 30 weitere verletzt.
Nachdem die russische Seite die Angaben darüber erhalten hatte, ergriff sie sofort Maßnahmen zum vollständigen Feuerstopp seitens der syrischen Armee. Alle getöteten und verletzten türkischen Soldaten wurden gefahrlos in die Türkei gebracht. Laut dem russischen Verteidigungsministerium kamen die Fliegerkräfte Russlands in dem genannten Gebiet nicht zum Einsatz.
Am Wochenende teilte das russische Versöhnungszentrum in Syrien mit, Russland könne die Sicherheit der türkischen Flugzeuge in Syrien nach der Schließung des Luftraums über Idlib nicht garantieren.
Moskau ruft weiter zu einer friedlichen Regelung in Idlib und zur Erfüllung der früher getroffenen Vereinbarungen auf.
Zuvor hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die Türkei habe eine Reihe ihrer Schlüsselverpflichtungen zur Konfliktlösung in Idlib nicht erfüllt. Unter anderem habe Ankara die bewaffnete Opposition, die zum Dialog mit der syrischen Regierung bereit sei, nicht von den Terroristen abgegrenzt.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32652/15/326521559_0:314:2930:1899_1000x0_80_0_1_70831232b762f6d47093096c84328678.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Hamas lehnt Trumps „Jahrhundertdeal“ ab**
Die Hamas lehnt den von den USA vorgeschlagenen „Jahrhundertdeal“ zur palästinensisch-

israelischen Regelung ab, wie der Chef der militanten palästinensischen Bewegung Hamas, Ismail Haniyya, am Dienstag in Moskau bei einem Treffen mit dem Chef des Außenpolitischen Ausschusses des russischen Föderationsrats, Konstantin Kossatschow, sagte.
Russland habe Palästina immer allseitig unterstützt, sagte Haniyya.
„Wir möchten Russland unseren Dank für die historische Unterstützung des palästinensischen Volkes aussprechen… Russland ist ein Land, dank dem das Gleichgewicht in der Region aufrechterhalten wird“, so Haniya.
„Wir wissen zu schätzen, dass Russland die Auffassung der USA, laut der unsere Bewegung terroristisch sei, nicht teilt und damit nicht unterstützt“, fügte der Palästinenser hinzu.
„Jahrhundert-Deal“
US-Präsident Donald Trump hatte am 28. Januar während einer gemeinsamen Presseerklärung mit dem israelischen Ministerpräsidenten, Benjamin Netanjahu, im Weißen Haus seinen Friedensplan für den Israel-Palästina-Konflikt vorgestellt.
Demnach soll Jerusalem die einheitliche und unteilbare Hauptstadt Israels sein, wobei das Problem der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zur Seite geschoben wird. Der Plan bietet Israel die Möglichkeit, die Palästinenser-Gebiete im Westjordanland zu annektieren und seine Souveränität über das Jordantal auszuweiten, schlägt aber auch vor, einen demilitarisierten Palästinenser-Staat zu gründen, der keine Kontrolle über seine Grenzen und seinen Luftraum ausüben soll.
Wie sich der russische Außenminister, Sergej Lawrow, dazu äußerte, haben die USA mit dem „Jahrhundertdeal“ die allgemein anerkannte Herangehensweise bei der Nahost-Regelung ignoriert.
Die Palästinenser und etliche arabische Länder haben den Plan abgelehnt, der den Palästinensern das Recht auf ihre durch UN-Resolutionen festgelegten Gebiete aberkenne. Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas hat den von Washington konzipierten Friedensplan zurückgewiesen. Er erklärte, die Palästinenser würden auf die Anerkennung ihres Staates in den Grenzen von vor 1967 mit der Hauptstadt Jerusalem bestehen.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32653/76/326537632_0:217:2200:1407_1000x0_80_0_1_4a187603b3f05b05708d67f18d50b398.jpg.webp

Mil-lnr.info: **Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**
Nach Informationen, die von den Vertretern der LVR im GZKK erfasst wurden, hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden fünfmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.
In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij **Solotoje-5, Golubowskoje, Donezkij** und **Beresowskoje** mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen und dabei 12

Mörsergeschosse und 20 andere Granaten abgefeuert.
Im **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow **Logwinowo** mit Schützenpanzerwaffen, automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.
Alle Materialien zu Ergebnissen der verbrecherischen Handlungen wurden an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Bryshinskij und Schapowalow hinzuzufügen.
Wir rufen die OSZE-Mission auf, auf die verbrecherischen Handlungen der Kiewer Truppen einzuwirken, um weitere aggressive Handlungen der Ukraine gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass zu verhindern. …

de.sputniknews.com: **USA appellieren an UN-Sicherheitsrat für Aufhebung des Terroristen-Status der Taliban**
Die USA haben beim UN-Sicherheitsrat beantragt, den Status der Taliban als Terrororganisation und die Sanktionen gegen sie aufzuheben. Die Entscheidung wird bis Ende des Monats erwartet. Der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten in Afghanistan, Zamir Kabulow, teilte den Sachverhalt am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Moskau mit.
„Unsere Kollegen in New York haben bereits kontaktiert (den UN-Sicherheitsrat – Anm. der Red.), wir arbeiten auch daran, die Konsultationen wurden aufgenommen“, sagte Kabulow.
Ihm zufolge könnte die Entscheidung über die Aufhebung der Sanktionen gegen die Taliban bis zum 29. März getroffen werden.
Am 29. Februar haben die USA und die militant-islamistische Organisation Taliban mehr als 18 Jahre nach dem US-Einmarsch in Afghanistan bei einer feierlichen Zeremonie das erste Friedensabkommen unterzeichnet. Das Abkommen soll die Weichen für eine friedliche Lösung des beinahe 20 Jahre währenden bewaffneten Konflikts in Afghanistan stellen. Demnach sollen die ausländischen Truppen Afghanistan im Laufe von 14 Monaten verlassen. Außerdem soll ein innerafghanischer Dialog im März, nach der Vereinbarung über einen Gefangenenaustausch, aufgenommen werden.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32343/78/323437846_0:0:5688:3076_1000x0_80_0_1_8297da44b572f4318906a1d9010531a5.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Kiew bekommt Dokumente zu möglicher Bespitzelung von US-Beamten im Lande**
Das ukrainische Innenministerium hat nach eigenen Angaben Dokumente zu einer möglichen Bespitzelung von US-Beamten im Lande bekommen.
„Das Innenministerium hat Dokumente über eine mögliche illegale Überwachung von US-Beamten erhalten“, heißt es in einer auf Facebook veröffentlichten Mitteilung. Der Abgeordnete Alexander Dubinski von der Partei „Diener des Volkes“ und die Rechtsanwältin

Tatiana Kostina hätten dem Innenminister Arsen Awakow entsprechende Unterlagen übergeben.
Zuvor hatten Ermittler des US-Repräsentantenhauses geäußert, unbekannte Privatpersonen hätten die ehemalige US-Botschafterin in Kiew Marie Yovanovitch in der Ukraine im Auftrag von US-Bürgern angeblich überwacht. In Bezug auf diese Äußerung leitete die ukrainische Polizei ein Strafverfahren ein.
Nun seien die von Dubinski und Kostina zugespielten Unterlagen dem Material zu dem eingeleiteten Strafverfahren zugefügt worden, hieß es.
„Die Nationale Polizei der Ukraine wird auf jegliche rechtswidrigen Aktivitäten reagieren, die gegen US-Beamte gerichtet sind“, hieß es weiter in der Facebook-Mitteilung . Dies betreffe sowohl gewöhnliche US-Bürger als auch Beamte der US-Behörden und US-Diplomaten.
Marie Yovanovitch war im Mai 2019 wegen des Vertrauensschwundes von Seiten des US-Präsidenten Trump von ihrem Posten entlassen worden. Eine koordinierte Kampagne sei gegen sie getrieben worden, behauptete Yovanovitch. Der Präsident habe Druck auf das Außenministerium ausgeübt, um ihre Entlassung durchzusetzen, warf sie Trump vor.

dan-news.info: 306 Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und fast 3400 Beteiligte des Konflikts in Afghanistan 1979-1989 sowie Familien gefallener internationalistischer Kämpfer haben von den Behörden der DVR aus Anlass des Tags des Verteidigers des Vaterlands Lebensmittelpakete erhalten.

Rusvesna.su: **Lawrow schätzte die Möglichkeit eines neuen Treffens des „Normandie-Quartetts" ein**
Russland brauche keine "leeren Gipfel" der Staatsoberhäupter des "Normandie-Formats", sagte der Chef des (russischen) Außenamts, Sergej Lawrow, heute. Er sagte dies auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Moskau mit dem finnischen Außenminister Pekka Haavisto.
Lawrow erklärte, Frankreich und Deutschland hätten nichts unternommen, um ihre ukrainischen Partner davon zu überzeugen, das zu erfüllen, was sie auf dem Normandie-Gipfel im Dezember letzten Jahres in Paris vereinbart hatten.
„Stattdessen stellen sie als Selbstzweck die Einberufung eines weiteren Treffens an der Spitze des Normandie-Quartetts in den Vordergrund, unabhängig davon, ob die vorherige Vereinbarung umgesetzt wurde oder nicht. Wir brauchen solche leeren Gipfel nicht. Wir haben unsere Partnern davon unterrichtet “, sagte Lawrow.
Gleichzeitig sollten sich die Europäer darauf konzentrieren, dass die ukrainischen Behörden damit beginnen, Vereinbarungen über den Abzug von Kräften und Mitteln, die Minenräumung und die Durchführung politischer Reformen umzusetzen, insbesondere "um den Sonderstatus von Donbass dauerhaft zu sichern".
Lawrow betonte, dass die Minsker Abkommen unbestritten und nach Genehmigung durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates Teil des Völkerrechts geworden seien.
„Wir hören viele konkrete Ideen, die die Gedanken von Herrn Pristaiko offenbaren (über die Notwendigkeit, die Minsker Abkommen zu ändern - Red.), einschließlich Aussagen, dass es notwendig sei, die Behörden in den selbsterklärten Republiken aufzulösen, UN-Truppen einzuführen und diese Gebiete in vollem Umfang unter Kontrolle zu nehmen und erst dann Wahlen abzuhalten und vieles mehr “, sagte Lawrow.
Er appellierte wiederholt an die Außenminister Deutschlands und Frankreichs mit dem Aufruf, „solche provokanten Aussagen von Beamten in Kiew nicht ohne Reaktion zu lassen".

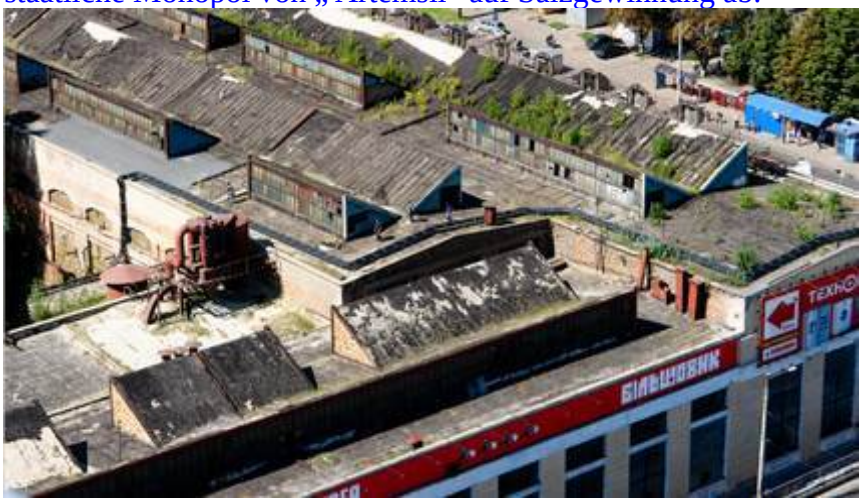
Dnronline.su: **Aufruf des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin an die Landsleute im Zusammenhang mit der Diskussion über Änderungen an der Verfassung der RF**
Sehr geehrte Landsleute! Auf Initiative des Präsidenten der RF Wladimir Wladimirowitsch Putin findet in Russland eine breite Erörterung von Änderungen an der Verfassung des Landes

statt.
Ich meine, dass die Bürger der RF, die im Donbass leben, auch in diesen Prozess einbezogen werden sollten.
Ich schlage eine breite Erörterung eines Entwurfs für die Veränderung für die Präambel der Verfassung Russlands vor, der vom ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees der Staatsduma für Angelegenheiten der GUS, für eurasische Integration und Verbindungen mit Landsleuten Konstantin Satulin an die Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Änderungen eingereicht wurde.
Der russische Parlamentarier schlägt für die Präambel des Grundgesetzes folgende Redaktion vor: „Wir, Russen im Bündnis mit anderen Brudervölkern, die im multinationalen Volk der RF zusammengeschlossen sind, die durch ein gemeinsames Schicksal auf ihrem Land vereint sind, die die Rechte und Freiheiten des Menschen, eine zivile Welt und Eintracht bestätigen, die die historisch entstandene staatliche Einheit bewahren, von allgemein anerkannten Prinzipien der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker ausgehen, die das Andenken ihrer Vorfahren, die uns Liebe und Respekt für das Vaterland, den Glauben an das Gut und die Gerechtigkeit übergeben haben, ehren, die die souveräne Staatlichkeit Russlands wiedererrichten und die Unerschütterlichkeit seiner demokratischen Grundlagen bestätigen, die danach streben das Wohlergehen und Erblühen Russlands zu gewährleisten, die von der Verantwortung für ihre Heimat gegenüber der derzeitigen und den zukünftigen Generationen ausgehen, die sich als Teil der Weltgemeinschaft ansehen, geben uns die Verfassung der Russischen Föderation.“
Ich wende mich an die Abgeordneten des Volkssowjets, die Vertreter der gesellschaftlichen Kammer und des Jugendparlaments, die Mitglieder der gesellschaftlichen Bewegungen „Donezkaja Respublika“ und „Swobodnyj Donbass“ sowie an Vertreter der Öffentlichkeit mit dem Vorschlag, Meinungsäußerungen zu dieser Änderung abzugeben.
Ich bin überzeugt, dass die Möglichkeit, seine Meinung zu Veränderungen im Grundgesetz unserer gemeinsamen Heimat abzugeben, mit Begeisterung aufgenommen werden wird und mit dem Bewusstsein der Wichtigkeit, der Größe und Tiefe der stattfindenden Prozesse sowie des Grads ihres Einflusses auf das Schicksal unseres Staates und unseres Volkes realisiert werden wird.

de.sputniknews.com: **„Operation Frühlingsschild“: Türkei „neutralisiert“ 327 syrische Soldaten**
Das türkische Militär hat mitgeteilt, dass seit Montag im Rahmen der „Operation Frühlingsschild“ in Idlib 327 syrische Soldaten „neutralisiert“ und große Mengen Waffen zerstört worden seien.
„In den zurückliegenden 24 Stunden sind während der (am 27. Februar in Idlib gestarteten) Operation ‚Spring Shield‘ („Frühlingsschild“ – Anm. d. Red.) ein Flugzeug und eine Drohne abgeschossen sowie sechs Panzer, fünf Haubitzen, zwei Flugabwehrsysteme, drei Schützenpanzerwagen, fünf bewaffnete Pickups, sechs Kampffahrzeuge und ein Munitionsdepot vernichtet wie auch 327 Soldaten des syrischen Regimes neutralisiert worden“, wird auf der Webseite des türkischen Verteidigungsministeriums mitgeteilt. …

ukrinform.de: **„Artemsil“, „Bilschowyk“: Regierung gibt 435 Objekte zu Privatisierung frei**
Die Regierung hat in ihrer Sitzung am 3. März die Privatisierung von 435 Objekten, die sich im staatlichen Eigentum befinden, erlaubt.
Die Objekte wurden zur Privatisierung an den Staatseigentumsfonds der Ukraine übergeben, teilte das Regierungsportal mit. Insgesamt wurden in sechs Monaten 961 Objekte zur Privatisierung freigegeben, 10 Mal mehr als in den letzten 10 Jahren, heißt es.
Unter den Objekten sind vier große Staatsunternehmen. Das sind das Werk „Bilschowyk“

(Aktiengesellschaft „Das erste Maschinenbauwerk Kyjiw), JSC “State Food and Grain Corporation of Ukraine“, der Salzproduzent „Artemsil“ und der Konzern „Chlib Ukrainy“. Vor dem Verkauf durch die Versteigerung werden die Unternehmen restrukturiert.
Nach Worten des Regierungschefs Olexij Hontscharuk schaffte das Ministerkabinett auch das staatliche Monopol von „ Artemsil“ auf Salzgewinnung ab.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_03/thumb_files/630_360_1489950995-1554-zavod-bolsevik-foto-wikimapia.jpeg

de.sputniknews.com: **Trump unterstützt Moskaus Initiative für Gipfel ständiger UN-Sicherheitsratsmitglieder – Lawrow**
US-Präsident Donald Trump hat die russische Initiative unterstützt, einen Gipfel der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates durchzuführen. Dies gab Russlands Außenminister Sergej Lawrow bei einer Pressekonferenz bekannt.
„Der französische Präsident (Macron), der Vorsitzende der Volksrepublik China (Xi), und vor kurzem auch der (US-)Präsident Trump haben ihre Zustimmung und Unterstützung dieses Vorschlags bestätigt“, sagte er vor Journalisten am Dienstag.
Zuvor hatte der russische Präsident, Wladimir Putin, bei seinem Auftritt beim 5. Welt-Holocaust-Forum in Jerusalem vorgeschlagen, ein Treffen von Staats- und Regierungschefs der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates abzuhalten. Moskau beabsichtige, entsprechende Botschaften zu schicken, ohne es „auf die lange Bank zu schieben“, äußerte er. Laut dem russischen Außenministerium könnte ein derartiges Treffen im September während einer Sitzung der UN-Volksversammlung stattfinden. Bislang gebe es jedoch noch keine Vereinbarungen in Bezug darauf.
Mitte Februar hatte der russische Außenminister vermutet, ein solches Gipfeltreffen könnte zu „einem Ausgangspunkt für die Erarbeitung von gemeinsamen schicksalshaften Lösungen im Interesse der gesamten Weltgemeinschaft“ werden, und die Reaktionen auf Putins Vorschlag als „ermutigend“ bezeichnet.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32634/52/326345228_0:175:3072:1837_1000x0_80_0_1_9617b3f5326159e58b16e6b7772bff41.jpg.webp

abends:

rusvesna.su: **Die USA versprechen, die Türkei mit Munition für den Einsatz in Syrien zu versorgen**
Der US-Sonderbeauftragte für Syrien, James Jeffrey, gab eine Erklärung zur Teilnahme Amerikas an der Militäroperation der türkischen Armee in der Arabischen Republik Syrien ab. James Jeffrey, der am Tag zuvor in der Türkei angekommen war, sagte, die Vereinigten Staaten seien bereit, die Türkei mit Munition für die geplante Militäroperation im syrischen Idlib zu versorgen. Der US-Sonderbeauftragte und der Ständigem Vertreter der USA bei den Vereinten Nationen Kelly Kraft haben bereits Gespräche mit dem türkischen Außenministers geführt und auch die an Syrien angrenzende Provinz Hatay besucht.
Die Situation in der Provinz Idlib hat sich in letzter Zeit erheblich verschlechtert.
Gestern hat das türkische Militär ein weiteres Flugzeug der syrischen Luftwaffe abgeschossen, und der katapultierte Pilot wurde am Boden brutal getötet.
Gleichzeitig befinden sich türkische und amerikanische Truppen illegal auf dem Territorium der Sonderverwaltungszone und operieren dort, obwohl sie keine offizielle Einladung der Behörden des Landes haben. …

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: **Durch Beschuss von Seiten der BFU wurde ein Haus in Signalnoje beschädigt**
Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine um 18:55 Uhr das Feuer aus Richtung Slawnoje in Richtung Signalnoje mit Mörsern des Kalibers 120mm eröffnet.
Infolge des Beschusses wurde ein Schaden an einem Wohnhaus in der Pionerskaja-Straße 6 festgestellt (direkter Treffer auf das Dach, Fensterverglasung, außerdem wurde eine Garage beschädigt).
Opfer unter der Zivilbevölkerung konnten vermieden werden. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Erster Fall von Coronavirus in Moskau: Fake News in sozialen Netzwerken**
Von Natalia Pawlowa
In Moskau ist der erste Fall eines Infizierten mit dem Coronavirus bekannt gegeben worden. Es handelt sich um einen Russen, der kürzlich aus Italien zurückgekehrt ist. Elf seiner

Verwandten und Freunde wurden inzwischen in ein Krankenhaus eingewiesen. Im Web verbreiten sich indes Fälschungen über eine größere Anzahl von Fällen.
Der junge Mann wurde am 2. März hospitalisiert; er war am 21. Februar nach einem Urlaub in Italien nach Hause zurückgekehrt, fühlte sich aber nicht sofort unwohl. Jetzt befindet er sich im Moskauer Krankenhaus für Infektionskrankheiten. Sein Zustand ist laut Ärzten zufriedenstellend, die Krankheit verläuft in einer milden klinischen Form. Sechs Verwandte und fünf Bekannte des mit Coronavirus infizierten Moskauers wurden ebenfalls stationär aufgenommen. Von den Passagieren, die mit dem Infizierten im selben Flugzeug geflogen waren, seien 13 Personen ins Krankenhaus eingewiesen, 83 Personen unter Quarantäne gestellt worden, sagte der Moskauer OB Sergej Sobjanin.
Die Stadtverwaltung hat besondere Maßnahmen ergriffen, um eine Verbreitung des Coronavirus zu verhindern. Insbesondere wurde das Tragen von Masken für Menschen angeordnet, die an überfüllten Orten arbeiten – in Restaurants und Cafés. Bei den Passagieren der Moskauer U-Bahn hat man damit begonnen, regelmäßig mit Hilfe von Wärmebildkameras ihre Temperatur zu überprüfen. An den Stationen werden die Rolltreppenhandläufe desinfiziert, eine Nassreinigung durchgeführt und die Bahnen mit ultraviolettem Licht behandelt, so Larisa Konarewa, stellvertretende Chefärztin der U-Bahn.
Laut offizieller Statistik gibt es derzeit in Russland vier Infizierte: drei in Kasan (Passagiere des "Diamond Princess"-Liners) und einen Moskauer. Zuvor hatte Russland die Einreise chinesischer Staatsbürger eingeschränkt, Besucher aus gefährdeten Regionen unter Quarantäne gestellt und Sicherheitsmaßnahmen in Fernost ergriffen.
Inzwischen werden Fake-Informationen über angeblich Tausende von Infizierten in Moskau in sozialen Netzwerken und Messenger verbreitet. Darüber informierte am 3. März der Erste russische Fernsehkanal. Einer der führenden internationalen Entwickler von Lösungen zur Verhinderung von Cyberangriffen und offizieller Partner von Europol, Group IB, analysierte die Informationsquelle der Fake News. Laut dem Group IB-Chef, Ilja Saschkow, wurde der Angriff sorgfältig geplant:
„Das Ziel ist es, vielleicht eine Panik in Moskau auszulösen. Als Publikum wurde das empfänglichste ausgewählt – das weibliche. Insgesamt wurden 9.500 Veröffentlichungen registriert. “
Die Behörden erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass die Gesetzgebung eine Geldstrafe für die Verbreitung falscher Informationen, die negative Folgen haben können, vorsieht – bis zu einer Million Rubel (ca. 13.500 Euro).
Laut einer Umfrage des „Lewada Zentrums“ für soziologische Studien haben 68 Prozent der Einwohner Russlands allerdings keine Angst, sich mit dem Coronavirus zu infizieren. Echte Befürchtungen bestehen bei elf Prozent der Befragten. Gleichzeitig hörten weniger als ein Prozent der Befragten zum ersten Mal von COVID-2019.
Die Menschen auf den Straßen von Moskau zeigen wenig Besorgnis.
„Sobald ich nach Hause komme, werde ich meine Nase mit Kochsalzlösung spülen, wie die Ärzte raten", sagte ein Mädchen.
„Natürlich ist die Situation beängstigend, zu ernst", gibt eine Seniorin zu.
„Gerade jetzt, auf dem Heimweg von der Arbeit, erhielt ich eine Mitteilung über das Telefon, dass die offiziellen Nachrichten lügen, dass tatsächlich mehr infiziert sind, dass wir uns mit Produkten eindecken müssen, weil die Regale bald leer sein werden. Wenn ich an all das glauben würde, würde ich eine Maske tragen“, lächelte ein junger Mann.
Ausländische Vertretungen in Moskau arbeiten ebenfalls routinemäßig. Unter den Mitarbeitern gebe es keine Panik wegen des Coronavirus, sagte Maria Makarowa, Manager von „Switzerland Tourism“, einer Agentur, die ein Büro in Moskau hat, gegenüber Sputnik.
Der österreichische Unternehmer und Mitglied der Assoziation des europäischen Business in Russland Gerald Sakuler äußerte, dass „man versuchen soll, Ansammlungen von Menschen zu meiden, weniger zu reisen und mehr mit Webinar und Videokonferenzen zu erledigen.“

Andererseits sei die Krankheit nicht gefährlich, sagte er im Sputnik-Gespräch: „In den meisten Fällen verläuft die Krankheit wie eine Grippe, und im Moment sterben täglich im Straßenverkehr mehr Menschen als am Coronavirus. Trotzdem behindert man den Straßenverkehr nicht stärker. Es ist alles eben nur relativ ...“
Allen, die sich um ihre Gesundheit sorgen, raten Experten dennoch, auf die Empfehlungen der Ärzte zu hören. Im Moment ist es sinnvoll, auf Händedrücken und Umarmungen zu verzichten, sagte der Biosicherheitsexperte Nikolai Durmanow gegenüber Sputnik: „Wenn wir uns treffen, mögen wir es, uns die Hand zu geben, uns zu umarmen und manchmal sogar zu küssen. Aber jetzt ist nicht die Zeit dafür. Halten Sie sich nicht dort auf, wo viele Menschen sind, insbesondere solche, die husten und niesen, und versuchen Sie, jeglichen Kontakt zu minimieren. Im gewöhnlichen Leben, in Arbeitssituationen müssen wir das im Auge behalten. Und nicht vergessen, dass das Virus kein Bakterium ist. Und wenn zur Desinfektion Alkohollösungen verwendet werden, sollte es mindestens eine 60-prozentige sein."

https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32653/85/326538568_0:293:3072:1955_1000x0_80_0_1_d9038ca422d0c6ba74db19b6a576d8f6.jpg.webp